

# Newsletter

## Tirol-Büro Brüssel



### Themen in dieser Ausgabe

#### Neues aus den Institutionen

##### *Europäische Kommission*

- **EU-Kommission tritt für zunehmende Reisefreiheit ein** 2
- **EU fördert innovative Unternehmen mit 314 Mio. € zur Bekämpfung des Virus und zur Unterstützung des Aufbaus** 3
- **EU-Index für digitale Wirtschaft und Gesellschaft: Österreich liegt knapp über EU-Durchschnitt** 3
- **EU-Kommission erwägt gesetzliche Regelung zur Löschung von Falschmeldungen im Internet** 5

##### *Rat der Europäischen Union*

- **Videokonferenz der EU-FinanzministerInnen zu EU-Wiederaufbaufonds** 6

##### *Sonstiges*

- **EU-Kommission launcht App und Online-Plattform „Re-open EU“ für Reiseinformationen** 7

**Laufende Konsultationen** 8

**Impressum** 9

Gemeinsame Vertretung der  
Europaregion Tirol-Südtirol-  
Trentino bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel*  
*Rue de Pascale 45–47*  
*B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00*  
*Fax: 0032 2 742 09 80*  
*E-Mail: info@alpeuregio.eu*



# Europäische Kommission

## EU-Kommission tritt für zunehmende Reisefreiheit ein

Die Europäische Kommission empfiehlt den Schengen-Mitgliedstaaten und assoziierten Schengen-Ländern (Island, Norwegen, Schweiz und Liechtenstein), die Binnengrenzkontrollen rasch zu beenden. Zudem schlägt sie vor, die Einreisebeschränkung für nicht zwingend notwendige Reisen in die EU bis zum 30. Juni zu verlängern und anschließend schrittweise aufzuheben.

In dem am 15. April vorgelegten [Fahrplan](#) für die Aufhebung von Eindämmungsmaßnahmen machte die Kommission deutlich, dass zunächst damit begonnen werden muss, die Reisebeschränkungen innerhalb der EU schrittweise aufzuheben, bevor in einer zweiten Phase die Beschränkungen an den Außengrenzen gelockert werden können. *„Auch wenn wir alle vorsichtig bleiben müssen, ist es an der Zeit, konkrete Vorbereitungen für die Aufhebung der Beschränkungen mit Ländern zu treffen, deren Gesundheitssituation ähnlich wie in der EU ist, und für die Wiederaufnahme der Visaverfahren“*, sagte EU-Innenkommissarin **Johansson** in einer Pressekonferenz am 11. Juni.



### Gemeinsame und abgestimmte Vorgehensweise bei Reisebeschränkungen für Drittstaaten

Die Maßnahmen an den Außengrenzen der EU können nur wirksam sein, wenn sie aufeinander abgestimmt sind und einheitlich umgesetzt werden. Da sich Reisende, die in die EU einreisen, frei von einem Land in ein anderes bewegen können, ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Mitgliedstaaten ihre Entscheidungen

über die Aufhebung von Reisebeschränkungen koordinieren.

Die Beschränkungen für die Westbalkan-Staaten sollen laut Empfehlung der Kommission jedenfalls mit 1. Juli fallen. Bezüglich der Lockerungen für andere Drittstaaten sollen sich die Mitgliedstaaten auf eine Liste einigen. Da die Gesundheitslage in bestimmten Drittländern weiterhin kritisch ist, schlägt die Kommission zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine allgemeine Aufhebung der Reisebeschränkungen vor. Die Beschränkungen sollten für Länder aufgehoben werden, die die Mitgliedstaaten gemeinsam anhand von Grundsätzen und objektiven Kriterien, wie der Gesundheitslage, der Fähigkeit, Eindämmungsmaßnahmen während der Reise anzuwenden und Fragen der Gegenseitigkeit, auswählen.

Bei Ländern, für die die Beschränkungen weiterhin gelten, schlägt die Kommission vor, die Kategorien der Personen, die einreisen dürfen, auszuweiten, beispielsweise auf internationale Studierende. Darüber hinaus gibt die Kommission [Leitlinien](#) für die Mitgliedstaaten heraus, um sicherzustellen, dass die Wiederaufnahme des Geschäftsbetriebs der Visastellen im Ausland gut mit der schrittweisen Aufhebung der Reisebeschränkungen koordiniert wird.



# Europäische Kommission

## EU fördert innovative Unternehmen mit 314 Mio. € zur Bekämpfung des Virus und zur Unterstützung des Aufbaus

Die EU-Kommission hat über das Accelerator-Pilotprojekt des Europäischen Innovationsrats (EIC) bereits 36 Unternehmen Förderungen in Höhe von fast 166 Mio. EUR gewährt. Weitere 36 Unternehmen sollen über 148 Mio. EUR erhalten als Beitrag zum Recovery Plan. Damit belaufen sich die Gesamtinvestitionen aus „Horizont 2020“, dem Forschungs- und Innovationsprogramm der EU auf 314 Mio. EUR.

Die ausgewählten 36 Unternehmen, die zum Kampf gegen das Coronavirus beitragen werden, werden an zukunftsweisenden Projekten, etwa der Entwicklung von Systemen, die ErsthelferInnen in Echtzeit Rückmeldungen über die Qualität der Beatmung von Patienten liefern arbeiten oder der Entwicklung einer Antikörperplattform für die Behandlung schwerer Infektionsfälle. Weitere 36 Unternehmen, die den europäischen Aufbauplan unterstützen sollen, werden in einer Vielzahl von Sektoren und Projekten tätig sein,

wie etwa der Produktion von Windenergie, Recycling etc.

Eine Rekordzahl von fast 4.000 Start-ups sowie kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) hatte sich im März für das Accelerator-Pilotprojekt des EIC beworben; über 1.400 von ihnen legten Innovationsvorschläge von Bedeutung für den Coronavirus-Ausbruch vor. Aus diesem Grund wurden für diese Finanzierungsrunde kürzlich weitere 150 Mio. Euro bewilligt.

## EU-Index für digitale Wirtschaft und Gesellschaft: Österreich liegt knapp über EU-Durchschnitt

Österreich liegt beim Index für digitale Wirtschaft und Gesellschaft auf Platz 13 – und damit leicht über dem EU-Durchschnitt, wie ein am 11. Juni veröffentlichter Bericht der EU-Kommission zeigt. Anhand des Index werden die EU-Gesamtleistung im digitalen Bereich und die Fortschritte der digitalen Wettbewerbsfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten beurteilt.

Seit 2014 überwacht die Europäische Kommission den Stand der Digitalisierung in den Mitgliedstaaten und dokumentiert die erzielten Fortschritte im Bericht zum Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich Österreich im Ranking um einen Platz verbessert. Gleichzeitig hat sich der Abstand zu den leistungsstärksten Ländern vergrößert. An der Spitze stehen heuer Finnland, Schweden, Dänemark und die Niederlande, dicht gefolgt von Malta, Irland und Estland. Demnach gibt es in allen Staaten und in allen im Index gemessenen Schlüsselbereichen



# Europäische Kommission

reichen positive Entwicklungen. Allerdings finden sich die größten EU-Volkswirtschaften nicht in der Spitzengruppe. Das zeigt, dass die Digitalisierung beschleunigt werden muss, wenn die EU die doppelte Herausforderung des ökologischen und des digitalen Wandels meistern will.

Laut DESI Bericht nutzen österreichische Unternehmen die Möglichkeiten der Digitaltechnik wie Cloud-Dienste oder Big Data nach wie vor nicht in vollem Umfang. Auch fehlt es den Unternehmen

an MitarbeiterInnen mit den nötigen IT-Kompetenzen. Der Anteil der Unternehmen, die soziale Medien nutzen und online verkaufen, hat aber erheblich zugenommen. Als dringende Notwendigkeit wird weiterhin die Schaffung von Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel und eine bessere Anpassung des österreichischen Rechtsrahmens an das digitale Zeitalter betrachtet.

## Die Rolle digitaler Technologien bei der Bewältigung der Coronavirus-Pandemie

Österreich hat zur Bewältigung der Krise zahlreiche gezielte Maßnahmen ergriffen, die auf dem Einsatz von digitaler Technologien beruhen. Zu den Initiativen zur Minimierung der Ansteckungsgefahr und zur Unterstützung des Gesundheitssystems gehören die Meldung positiver COVID-19-Tests in Echtzeit durch alle Laboratorien, Chatbots, die Informationen über COVID-19 geben, und Zuschüsse für Unternehmen. Österreich arbeitet auch aktiv an der Verbesserung der Cybersicherheit. So wird z. B. über speziell auf COVID-19 ausgerichtete Phishing- oder Malware-E-Mails und über vorgetäuschte Online-Anbieter informiert, die angeblich Masken und andere Schutzausrüstung verkaufen.

In Bezug auf den Aufbau von Netzen mit sehr hoher Kapazität liegt Österreich hingegen zurück und erreicht nur eine verhältnismäßig schwache Bewertung bei der Digitalisierung von Unternehmen.

Für die wirtschaftliche Erholung nach der Corona-Krise empfiehlt es sich nun diese Indikatoren zu verbessern.

Die DESI-Ergebnisse für Österreich im Detail gibt es [hier](#).



# Europäische Kommission

## EU-Kommission erwägt gesetzliche Regelung zur Löschung von Falschmeldungen im Internet

**Bislang ist das Löschen von falschen Posts für Online-Konzerne nur eine freiwillige Verpflichtung. Doch wegen der Flut von Falschmeldungen in der Corona-Krise erwägt die EU-Kommission nun eine gesetzliche Regelung.**

EU-Kommissar für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell kritisierte die „massive Infodemie“, welche die Coronakrise begleitet habe. In Zeiten einer Gesundheitskrise sei das Zirkulieren von Falschnachrichten nicht nur gefährlich, sondern tödlich. Drei Monate nach dem Ausbruch der Pandemie möchte die EU Fake News im Zusammenhang mit dem Coronavirus im Netz stärker bekämpfen. Die EU-Kommission fordert Online-Dienste wie Google, Twitter und Facebook deshalb auf, ihre Maßnahmen gegen Fehlinformationen auf ihren Plattformen zu verstärken.

Die Plattformen sollen künftig monatlich und nicht mehr jährlich Selbstbewertungsberichten erstellen. Als Bestandteil des [Aktionsplans gegen Desinformation](#), soll nach EU-Mitgliedsstaaten aufgliedert geschildert werden, wie sie die Verbreitung von Desinformation für User und im Umfeld von Werbung beschränken. Außerdem sollten die Netzwerke ihre Zusammenarbeit mit unabhängigen Faktenprüfern verstärken.

### **Konsultation zu einem möglichen Gesetzgebungsverfahren für Online-Plattformen**

Der derzeitige Rechtsrahmen enthält keine Antworten zur Rolle und Verantwortung von Online-Plattformen. Im Rahmen einer am 2. Juni gestarteten [öffentlichen Konsultation](#) zum neuen EU-Gesetz für digitale Dienste und Online-Plattformen bittet die EU-Kommission nun auch

die breite Öffentlichkeit, Anbieter digitaler Dienste einschließlich Online-Plattformen, Behörden, wissenschaftliche Akteure etc. um ihre Positionen zu möglichen neuen Maßnahmen. Ein modernisierter Rechtsrahmen soll dafür sorgen, die zunehmende regulatorische Zersplitterung von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat einzudämmen und EU-BürgerInnen auch online zu schützen. Während die Sicherheit der NutzerInnen garantiert sein muss, muss gleichzeitig auch die Achtung ihrer Grundrechte, insbesondere das Recht auf freie Meinungsäußerung gewährleistet werden.

### **Hintergrund:**

Die EU hatte bereits im Oktober 2018 in einem „Verhaltenskodex zur Desinformation“ freiwillige Maßnahmen mit den Plattformen vereinbart. Jourová, damals EU-Kommissarin für Justiz und Verbraucherschutz, hatte sich gegen eine gesetzliche Regelung ausgesprochen und auf das Modell der Freiwilligkeit gepocht. Mit Unterzeichnung des Kodex verpflichteten sich Google, Facebook, Twitter, Mozilla und im Mai 2019 auch Microsoft, stärker gegen Desinformationen auf ihren Plattformen vorzugehen. Jedes Jahr müssen Selbstbewertungsberichte veröffentlicht werden, die von der EU-Kommission bewertet werden. Sollten die Ergebnisse im Rahmen des Kodex nicht zufriedenstellend ausfallen behielt es sich die Kommission vor, weitere Maßnahmen vorzuschlagen.



# Rat der Europäischen Union

## Videokonferenz der FinanzministerInnen zu EU Wiederaufbaufonds



Die Videokonferenz der EU-FinanzministerInnen zeigte deutlich, dass noch immer eine große Uneinigkeit der Mitgliedstaaten über die Bedingungen des Covid-19 Hilfsplan der EU besteht. Ein Wiederaufbaufonds in der Höhe von 750 Mrd. EUR soll die am schwersten von der Pandemie betroffenen Länder unterstützen. Umstritten sind vor allem die Höhe des Fonds, die Form der Auszahlung und die Reformvorgaben für Empfängerländer.

Die Videokonferenz der EU-FinanzministerInnen am 9. Juni war die erste ausführliche Beratung über den Wiederaufbauplan und machte die vielen divergierenden Positionen der Mitgliedstaaten sichtbar. Grundsätzlich gibt es viel Rückhalt für den Plan der EU-Kommission. Uneinig ist man sich allerdings über die Höhe des Fonds und der Art, wie die Geldmittel ausgezahlt werden soll. Einige Länder fordern die Vergabe von Krediten, die innerhalb eines bestimmten Zeitrahmens zurückbezahlt werden sollen. Potenzielle Empfängerstaaten wie Italien bestehen auf die Auszahlung durch Zuschüsse und verweisen auf ihren bereits überhöhten Schuldenstand.

Beim Videogipfel am 19. Juni wollen sich die Staats- und Regierungschefs der EU mit dem Wiederaufbaufonds befassen. Die Entscheidung soll schließlich Ende Juli im Rahmen von voraussichtlich 1-2 Sondertreffen getroffen werden.

### Neue Spitze der Eurogruppe offen

Der portugiesische Finanzminister Mario Centeno tritt aus der Regierung in Portugal aus und verlässt somit auch seinen Posten als bisheriger Chef der Eurogruppe zum 13. Juli 2020. Im Gespräch als mögliche Kandidaten für die Nachfolge sind die spanische Finanzministerin Nadia Calvino, der luxemburgische Finanzminister Pierre Gramegna und sein irischer Kollege Paschal Donohoe.



# Sonstiges

## EU-Kommission launcht App und Online-Plattform „Re-open EU“ für Reiseinformationen

Am 15. Juni hat die Kommission eine neue App und Online-Plattform gestartet, die aktuelle Informationen über Sicherheitsvorschriften, Reisebeschränkungen, Verfügbarkeit von Verkehrsmitteln und der Situation an den Grenzen liefert.

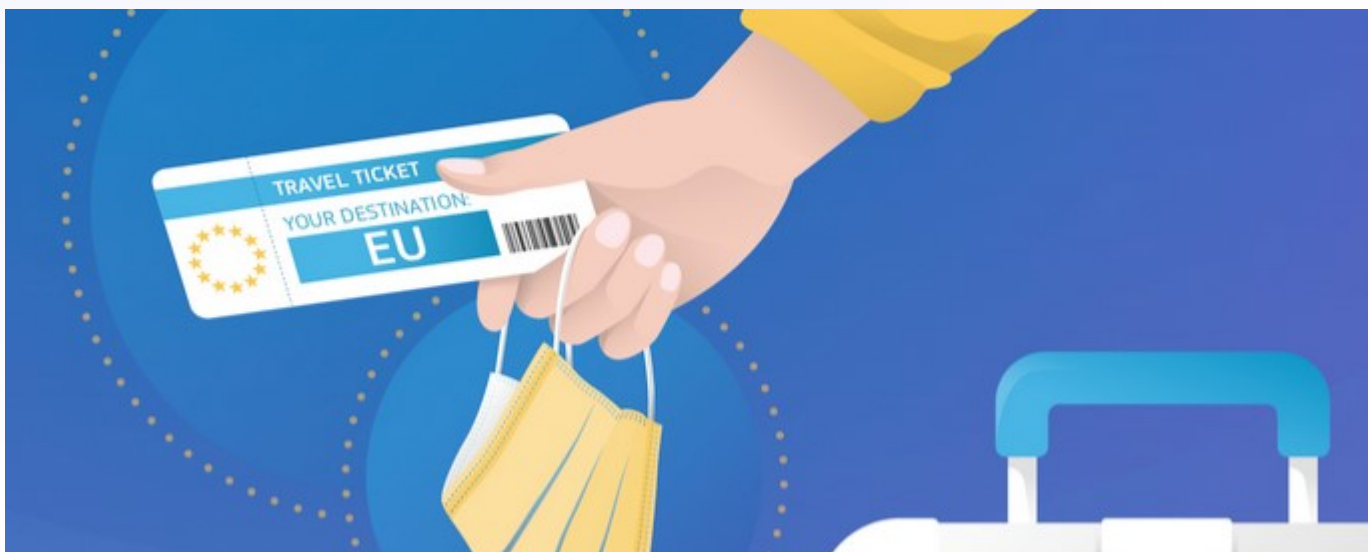
Die Daten werden in 24 Sprachen zur Verfügung gestellt und stammen von den jeweiligen nationalen Behörden der EU-Mitgliedsländer. Die Informationen werden regelmäßig aktualisiert und geprüft. Damit bietet Re-open EU eine umfassende Übersicht über aktuelle Entwicklungen und unterstützt die Reiseplanung.

Mithilfe einer interaktiven Karte findet man Informationen zu Öffnungen von Restaurants, Bars, Stränden etc. Darüber hinaus enthält die Plattform Informationen über Patengutscheinsysteme. Damit können die Verbraucherinnen und Verbraucher ihre Unterstützung für ihre Lieblingshotels oder -restaurants durch den Kauf von Gutscheinen für einen Aufenthalt oder ein Essen nach der Wiederöffnung bekunden und somit der

europäischen Gastronomie und Hotellerie nach der Aufhebung der Beschränkungen und der Öffnung der Grenzen helfen.

Die neue Plattform Re-open EU ist Teil des Tourismus- und Verkehrspakets das die Kommission am 13. Mai 2020 auf den Weg brachte, um das Vertrauen der Reisenden in der EU wiederherzustellen und den europäischen Tourismus dabei zu unterstützen, unter Einhaltung der notwendigen Gesundheitsschutzmaßnahmen wieder ohne Risiko für die Sicherheit in Gang zu kommen.

[Hier](#) finden Sie den Link zur interaktiven Karte.





# Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

## [Gesetz über digitale Dienste](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

2. Juni 2020 - 8. September 2020

## [Neues Wettbewerbsinstrument](#)

Wettbewerb

3. Juni 2020 - 8. September 2020

## [Rahmen für Investitionsschutz und -erleichterung](#)

Bank- und Finanzdienstleistungen

26. Mai 2020 - 8. September 2020

## [Mehrwertsteuerregelung für Reisebüros \(Bewertung\)](#)

Steuern

25. Mai 2020 - 14. September 2020

## [Laden von Software auf Funkanlagen](#)

Binnenmarkt

25. Mai 2020 - 14. September 2020

## [Transeuropäische Energieinfrastruktur – Überarbeitung der Leitlinien](#)

Energie

18. Mai 2020 - 13. Juli 2020

## [Anpassung an den Klimawandel – EU-Strategie](#)

Klimaschutz

14. Mai 2020 - 20. August 2020

## [Tiefseefischerei im Nordostatlantik – Bewertung der EU-Vorschriften](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei

13. Mai 2020 - 5. August 2020

## [Bewertung der EU-Politik zur Förderung der Landwirtschaft](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

8. Mai 2020 - 11. September 2020

## [Geldwäsche & Terrorismusfinanzierung – Aktionsplan](#)

Binnenmarkt

7. Mai 2020 - 13. August 2020

## [Verbringung von Abfällen – Überprüfung und Bewertung der EU-Vorschriften](#)

Umwelt

7. Mai 2020 - 30. Juli 2020

## [Emissionsarme Fahrzeuge - Verbesserung der Tank-/Ladeinfrastruktur der EU](#)

Verkehr

6. April 2020 - 29. Juni 2020

## [Alternative Kraftstoffe und Infrastruktur – Bewertung](#)

Verkehr

6. April 2020 - 29. Juni 2020

## [Klimazielpfad 2030](#)

Klimaschutz

31. März 2020 - 23. Juni 2020

## [Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen](#)

Beschäftigung und Soziales

31. März 2020 - 23. Juni 2020

## [Zollabkommen EU-China](#)

Zoll, Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung

24. März 2020 - 16. Juni 2020

## [Bewertung des EU-Rechtsrahmens für die Bestrahlung von Lebensmitteln](#)

Lebensmittelsicherheit

2. März 2020 - 6. Juli 2020

## [Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung](#)

Evaluation

10. Juni 2020 - 02. September 2020





## Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

## Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

## Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

## Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

## Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

## Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

## EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

---

### Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)

Homepage: [www.alpeuregio.org](http://www.alpeuregio.org)

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Simon Lochmann

Christina Senn, MA, BSc

---

### Abbildungsverzeichnis

#### S. 2

<https://audiovisual.ec.europa.eu/en/video/l-192004>

#### S. 6

<https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=337#lg=1&slide=1>

#### S. 7

<https://reopen.europa.eu/de/>